

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14-tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Kanarviolet“, „Die rote Siegel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Permsdorf, Seitendorf, Neuhalsbrunn, Nieder-Halsbrunn, Weisteln, Wäpfigersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Mittelzeile ober deren Raum 10 Goldpfennige. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Kellernote: Die Mittelzeile 3 gepaltene ober deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Donnerstag, 27. November 1924.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 9 maligen Entnahmen monatlich 2,30 Mk. wöchentlich 60 Pf. Einzelne durch Straßenhändler u. A. 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postkontos: Breslau Nr. 310 59. — Fernsprecher: Breslau, Nr. 5887

An die Arbeiter von Linde-Hoffmann!

Liebe Kollegen!

Hinter Gefängnismauern schmachend wende ich mich an Euch, die Ihr im Joche kapitalistischer Ausbeutung steht. Wo ist es vor einem Jahre der Schamacherischen Direktion und ihren sozialdemokratischen Vataien gelungen, mich von meinem Arbeitsplatz zu drängen, aber ich habe trotzdem weiter für die Interessen der Arbeiter gekämpft und bin dafür hinter diese Mauern gewandert.

Wenn ich mich nun an Euch wende, so nicht deshalb, um mein Leid zu klagen. Nein Kollegen, ein revolutionärer Arbeiter trägt mit tiefem Haß im Herzen und stolzem Mut die Schwere seiner Ketten, harrend der Stunde, in der dieselben mit Eurer Hilfe gebrochen werden. Aufzukteln will ich Euch, sowie ich es getan habe, als ich noch an Eurer Seite kämpfte.

Kollegen!

Eure Verhältnisse haben sich seit den Tagen, in denen ich aus dem Betrieb flog und ins Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen wurde, nicht zu Euren Gunsten verändert. Nach wie vor werden noch Tausende Kollegen in dasselbe Elend gestoßen. Man frug nicht danach, ob es Kommunisten waren. Das Interesse der Gewerkschaften forderte es so, und so warf man sie rücksichtslos auf die Straße.

Alle Versprechungen, die man Euch im Jahre 1923 und später gemacht hat, sind zusehender geworden. Aber eingetroffen ist all das, was ich so manches Mal voraus sagte. Eure Löhne sind hundsmiserabel, sie reichen nicht zum Leben und nicht zum Sterben, trotzdem man die sozial gerühmte „Stabilisierung der Mark“ durchgeführt hat. Alles hat sich als Lüge und Dumerei erwiesen. Alle Rechte im Betrieb sind Euch praktisch geraubt, denn wer den Mund aufmacht zur Beschwerde oder für höhere Löhne kämpft, fliegt. Noch niemals ist es dem Unternehmer gelungen, einen solchen Terror gegen Euch anzuwenden, wie in der gegenwärtigen Zeit.

Wenn Ihr Euch heute all das Elend vor Augen haltet, das dem August des Jahres 1923 gefolgt ist, so werdet Ihr heut verstehen, warum man damals die Kommunisten, die bei jedem Kampfe an Eurer Spitze marschierten und unermüdet den Kampf um bessere Löhne organisierten, zuerst auf die Straße warf. Alle von den sozialdemokratischen Betriebsräten und den verräterischen Gewerkschaftsleitungen durchgeführten Maßnahmen waren nur Komödien, um Euch zu tödnen, damit Ihr ruhig bleibt. Der August-Streit, der eine halbe Stunde dauern sollte und den drei Gewerkschaften durchgeföhrt wurde, war eine ganz gemeine Dumerei, wie sie eben nur Sozialdemokraten fertig bringen. Denn hört streikt mit der Bewilligung Eurer Firma! Mit derartigen verräterischen Methoden versprach man Euch die Verhältnisse zu bessern. Mit mir war der „Herr Direktor“ nicht einverstanden, weil ich demonstrierte und zu Euch sprach, daß wir betrogen werden, er war nicht mit mir einverstanden, als ich ihm sagte, daß wir kein Brot haben und daß wir uns nicht von ihm bestimmen lassen, wie wir unsere Interessen vertreten, sondern mich warf er auf die Straße! Sozialdemokratische Betriebsräte, die mit dem „Herrn Direktor“ Streiks beschließen, vor ihm lahmedeln und Krachfüße machen, haben schon jahrelang die Vertretung Eurer Interessen im Betrieb, in Gewerkschaft und Parlamenten in der Hand, deshalb wundert Euch nicht, wenn es Euch so dreckig geht.

Also Kollegen, es liegt viel an Euch selbst! Wollt Ihr Euch in der Zukunft den Vorwurf machen, daß Ihr selbst Schuld trägt, weil Ihr immer nachlässig wartet?

Nicht durch Dulden und Duden wird es besser, sondern durch trotziges, kampfbereites Fördern. Wählt Euch Vertrauensleute im Betrieb, die den Willen haben, die Forderungen des Gewerkschaftsartikels zu den Euren zu machen, organisiert den Kampf, treibt die Bonzen vorwärts! Erreut Euch im Betrieb um die kommunistischen Kollegen, denn sie werden unerschrocken Eure Interessen vertreten. Hört nicht auf die süßen Stimmen, die Euch in die Ohren flöten, „wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch und es wird besser“.

Sorget auf uns Kommunisten, die Euch nicht mit leeren Versprechungen zur Wahl locken, sondern die Euch nichts anderes versprechen, als daß sie Euch sagen: Kämpft! Stellt uns an die Spitze, wir werden lieber ins Gefängnis wandern als Euch verraten. Die Sozialdemokraten versprechen das Blaue vom Himmel, wenn Ihr nur die „Republik“ wählt, diese Republik, die Euch 6 Jahre hungern und sterben läßt, weil sie Euch den Bissen Brot nicht gönnt, den Ihr und Eure Kinder brauchen.

Die Kommunisten versprechen Euch gegen die bürgerliche Republik zu kämpfen für die proletarische die deutsche Sowjet-Republik.

Wenn man an die 1990 gefangenen Brüder denkt, weil sie um Eurer Interessen willen schwachen und dann keine einziger Sozialdemokrat gefangen ist, weil er gekämpft hat, so verdet Ihr Eure wehren Freunde erretten. Deshalb soll gen, am 7. Dezember keine Stimmen der verräterischen, korrupten, sozialdemokratischen Partei! Alle Stimmen den Kommunisten und Eurer gefangenen Brüder!

**Wählt Euch um die Kommunistische Partei, macht ihre Reihen stark und unüberwindlich!
Es lebe die Solidarität der kämpfenden und gefangenen Arbeiter!**

Mit proletarischem Gruß

Euer Max Gläser.

Die „Volkswacht“ für die Entlassungen von 24 000 Eisenbahnern.

Man sollte es nicht für möglich halten. Aber jeder Eisenbahner lese die „Volkswacht“ vom 26. November, da steht, daß es eine Entlassung von 24 000 Eisenbahnern entlassen werden. Sein Wort findet die „Volkswacht“ gegen diese unerhörte Maßnahme der Reichseisenbahn. 24 000 Eisenbahner sollen mit ihren Familien zugrunde gehen. Das ist erst der Anfang der „neuen Epoche“ in die die Eisenbahner durch das Sachverständigenamt gebracht werden. Es ist selbstverständlich, daß die „Volkswacht“ mit dieser Tatsache einverstanden sein muß, denn sie betrachtet ja das Sachverständigenamt als einzige Rettung (des Kapitalismus).

Für Entlassung der schrecklichen Haltung beginnt dann die „Volkswacht“ mit folgendem Recheneispiel: Für die 24 000 entlassenen Eisenbahner werden 200 000 im Ruhrgebiet wieder einzustellen, das macht also anstatt 24 000 Entlassungen 176 000 Neueinstellungen.

Sine keine Rechnung!

Erstens waren nie 200 000 Eisenbahner aus dem Ruhrgebiet vertrieben, zweitens haben fast alle Eisenbahner schon bevor

die Reichsbahn A.-G. (das ausländische Unternehmen) gegründet wurde, wieder in Arbeit gestanden. 200 000 Ruhr-eisenbahner hätten erst im deutschen Dienst, wurden dann von der französischen Regie übernommen und kehren jetzt in den deutschen Dienst zurück. Hier von 200 000 Neueinstellungen zu reden ist ein elendes, dummes Fälscherkunststück.

Aber die Wirklichkeit ist noch viel schlimmer. 35 Prozent aller bei der Regiebahn beschäftigten Eisenbahner werden nach der Verordnung Degouttes abgebaut.

Das heißt nicht nur keine Neueinstellungen, nicht nur Entlassungen in unbefesteten Deutschland, sondern sogar im Ruhrgebiet ungeheure Massenentlassungen von Eisenbahnern, wo die „Volkswacht“ von 200 000 Neueinstellungen tharnt!

Warum lügt die „Volkswacht“ so plump und dumm? Warum hat sie bisher noch keine Zeile über die kommenden Massenentlassungen gebracht? Warum verschweigt sie Tatsachen, die doch aus Tageslicht kommen müssen? Weil sie noch schnell vor dem 7. Dezember Stimmen und Mandate ergattern will. Erst die Abgeordneten und Ministerposten gesichert, dann mögen die Profeten in der deutschen Dameschöln vor Hunger und Arbeitslosigkeit verrecken. Arbeiter, Beamte, denkt daran am 7. Dezember

Max Hölz unter Gh'entkandidat auf der Reichsliste

Aus der Verteidigungsrede vor dem Ausnahmegericht.

Wenn Sie heute über mich das Urteil fällen, so betrachte ich das als ein Examen. Urteilen Sie mich zu zehn Jahren Zuchthaus, so habe ich Art. 4; Lebenslänglich 3; Art. 1; Todesstrafe 1a. Die bürgerliche Ehre, die Sie mir abspülen wollen, existiert für mich nicht. Ich würde mich schämen, wenn Sie sie mir zusprechen würden. Für mich gibt es nur eine proletarische Ehre. Das ist die Ehre der unbedingten Solidarität mit dem Proletariat, und diese Ehre können Sie mir nicht abspülen.

Sie sagen, Sie fürchten sich nicht vor mir und meinen Genossen. Ich kann nicht wissen, ob dies stimmt; aber beweisen Sie es doch dadurch, daß Sie gegen Ihre Klasse, gegen die Arbeiter, Urteile zu sprechen wagen, wie gegen die Proleta.

(Der Vorsitzende unterbricht mich nicht ihm das Wort.)
Hölz: Ihr könnt das Wort verweigern, aber nicht den Geh!

Waffenverhaftungen.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, den 27. November.

In Göttingen fanden gestern Hausdurchsuchungen bei vielen Angehörigen der SPD statt. Eine Anzahl unserer Genossen wurde verhaftet. Als belastendes Material hat man Wahlschilder der SPD und Preise deutscher Arbeiterkinder aus Paris angetroffen. Der Anreißer für diese Maßnahmen ist der Untersuchungsrichter Vogt.

Wieder ein SPD-Landtagskandidat verhaftet.

Wie aus Halle gemeldet wird, wurde unser Genosse ... am Sonntagabend ... auf dem Wege zu einer Wählerberatung verhaftet.

Neue Ghandurteile gegen Arbeiter und Soldaten.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, den 27. November.

In Leipzig wurde gestern gegen vier Arbeiter und Soldaten aus Thüringen verurteilt. Die Arbeiter wurden beschuldigt, den kommunistischen Revolution geliebt zu haben. Obgleich der Prozess nicht als bewiesen hat, als daß Spindel im Dienst waren wurden zwei Arbeiter zu zwanzigjährigem Gefängnis, ein Arbeiter zu dreizehnjährigem Gefängnis, der 2. Gefreite zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis und der dritte Gefreite zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Arbeiter, der bereits 11 Monate in Haft lag, wurde freigesprochen, da er nur aus „Befehl“ mit eingezogen wurde.

Die republikanische Justiz rast genau zum kostigen Inhalt unseres kapitalistischen Staates. In den letzten Tagen sind wieder Hunderte Arbeiter und Soldaten zu insgesamt über 100 Jahren verurteilt worden. Die Blutbecken der Republik fordern täglich neue Arbeiteropfer. Wenn wird die Arbeiterklasse einsehen, daß zur Gegenwehr nichts hilft, als ein eiserner Hammer, der die harte Justiz zer schlägt.

Sie Kommunisten sollen alle ins ...

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, den 27. November.

In einer Versammlung der SPD sprach Herr Gröbner und erklärte wörtlich: „Die Kommunisten, die nach dem 7. Dezember noch existieren, sollte man entweder in eine Heilanstalt ein Sanatorium oder in ein ... (Zuchthaus) bringen.“

Der Mannich Gröbner erhebt sich als Schamacher. Er ist es, der in Breslau von „Amalie“ sprach.

Reichsbanner prügelt Erwerbslose.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, den 27. November.

Anlässlich einer SPD-Versammlung in Grefeld kam es zu schweren Zusammenstößen mit Erwerbslosen und Reichsbanner, da man versuchte, die Erwerbslosen am Eintritt in den Saal zu verhindern. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete ... benahm sich dabei besonders rabiat. Er gab er zu Boden geschlagen wurde. Es gab auf Seiten der Schwarz-rot-goldenen Tschiffen, wie auch auf Seiten der Erwerbslosen beschädigte Verletzte. Belgische Kriminalpolizei löste die Versammlung auf.

Für neuen Kampf.

Die Einzelkämpfer durch die Betriebsräte.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, den 27. November.

Die Belegschaft der AEG. fordert von sämtlichen Betriebsräten in Brandenburg eine Betriebsrätekonferenz. Diese Betriebsrätekonferenz soll sich in erster Linie mit der Lage der Arbeiterkassen und mit der Frage der Lohnhöhe befassen. Die Belegschaft der AEG. fordert weiter die geschlossene Einheit für den revolutionären Kampf der Gewerkschaften um Erhöhung der Löhne und Erhaltung des Lohnstandes. Die Belegschaft hat den Willen für die Einheit der Gewerkschaft einzutreten und die Verrücktheit abzuwehren, die die Gewerkschaften wieder aufleben zu lassen. Die geforderte Konferenz soll der Anfang sein und die Bewegung soll dann weiter über das ganze Reich verbreitet werden.

Die AEG. ist eines der bedeutendsten Werke Deutschlands. Wir begrüßen die Initiative der Riesenbelegschaft, weil sie ein Zeichen ist, daß die deutsche Arbeiterschaft sich nicht auf Parlamentswahlen beschränkt, sondern den Kampf für eine bessere Lebenshaltung organisiert. Doppelt anerkennenswert ist der Kampfesmut der AEG.-Belegschaft, die fünfmal von allen Kommunisten und revolutionären Arbeitern gesäubert wurde und das sechsfach von neuem an der Spitze der deutschen Arbeiterschaft marschiert.

Massenausverlegungen der Metallarbeiter in Thüringen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, den 27. November.

Nach der Verbindlichkeitsklärung des ganz unzulänglichen Schiedsspruches waren die Metallarbeiter Thüringens, die im Streit standen, nicht gewillt, wieder in die Betriebe zu gehen. Die Industriellen erklärten, daß, wenn die Streitenden bis zum 8. Dezember nicht bedingungslos in die Betriebe gehen, am 10. Dezember sämtliche Metallarbeiter, das sind 40 000, angepörrt würden.

Ablehnung der Bergarbeiterforderung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, den 27. November.

Der Zechenverband hat den Schiedsspruch des preussischen Staatskommissar Mehlig abgelehnt. Dem neue Tarifschiedslohn des Reparaturbauers sollte ab 1. Dezember 6,10 M. betragen. Die übrigen Löhne sollten auch entsprechend verbessert werden. Der Schiedsspruch sah also eine Erhöhung von 8,9 Prozent vor.

Die neuen Verhandlungen werden wahrscheinlich erst nach der Wahl stattfinden. Wahrscheinlich sind 8,9 Prozent Erhöhung auch noch zuviel. Die Kumpels im Ruhrbergbau haben keine Lust länger mit sich zu handeln zu lassen.

Ueberm Rhein da läßt sich leben



oder: die dankbare Republik.

Verstörer und Revolutionäre

Sagenbuchzeichnungen von M. Krawitski
Copyright by Neuer Berliner Verlag, Berlin.

„Ihr wolltet den Gefangenen Tschernyschewski befreien?“

„Ja! So ist es!“

„Also! Gestern hörten wir, daß die Jolanten den falschen Revolver gefangen hätten...“

„Myshkin!“, rief ich.

„Ihr müßt schnell von hier fort! — Ihr seid ein Pöbel!“

„Ich nicht.“

„Es ist keine Zeit zu schwätzen“, sagte der Ältere, „er muß verurteilt werden und braucht Rührung.“

Einige Stunden später war ich in der warmen und feuchten Behausung des Herrn Myshkin — so hieß der Zeltler.

„Es ist gut, daß wir bei Nacht gekommen sind“, sagte er, „und niemand uns gesehen hat. Jetzt müßt ihr still liegen bleiben...“

„Ich kann nicht antworten. Alle Augenblicke schweben mir die Schwärze der Gedanken vor Augen, die ich aufsprünge, um Myshkin zu befreien. Man hätte mich verurteilt, und schließlich war ich eingekerkert.“

Die Herren Myshkin und Kuznetsov wohnen zusammen. Wir konnten keine Freundschaft miteinander schließen. Sie waren höflich und gastfreundlich. Wenn sie mich nach Meinungen aus der russischen Politik fragten, sprach ich ihnen vom Sozialismus und von der Internationalen, während sie begierig waren zu hören, wie der Papst von der politischen Sache dachte. Sie hielten die russische Volk als ganzes und sahen sich als Repräsentanten einer höheren Kultur herab. Ich war froh als ich mir die Gelegenheit bot, für ihre Gastfreundschaft zu danken. Etwa zehn Tage nach meiner Ankunft kam ein Herr, ein kleiner Mann, der ängstlich und verschüchtert ansah. Ich erfuhr, daß er hier

Wier Fragen an die „Volkswacht“?

Die „Volkswacht“ schreibt:

Von der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ wird eine Resolution daraus gemacht, wenn angeblich eine Gewerkschaft im Wahlkampf die Sozialdemokratie unterstützen, was doch als Arbeitervertretung ihr gutes Recht ist, während kein Wort von den Wahlkampfbestrebungen der Industrie aus dem Vorlig-Fonds zu finden ist.

Von der Wahlkampfbestechung der Industrie berichteten wir bereits am 20. November. Von der Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern durch Sozialdemokraten zugunsten des Wahlfonds der SPD. berichtete jedoch die „Volkswacht“ bis heute nichts. In einer absichtlich unklaren Form stellt sie das geheime Rundschreiben des Bezirkssekretärs Lütke und unsere Behauptung, eine schlesische Gewerkschaft habe bereits Gewerkschaftsgelder zugunsten des SPD-Wahlfonds unterschlagen, als geschildert hin. Aber hier hilft nicht das Mäuselchen, hier muß geprüffelt werden. Heraus mit der Sprache! Wir verlangen Antwort:

- 1. Ist das geheime Rundschreiben Lütke echt oder nicht?
- 2. Spricht Lütke die Wahrheit, wenn er mittelst, eine

Warum

verschweigt die Sozialdemokratie sogar bürgerliche Urteile über Sowjetrußland, soweit sie günstig lauten?

Warum verschweigt sie das Urteil Edo Simmens, des sozialdemokratischen Sekretärs der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale über Rußland?

Warum unterschätzt sie und leugnet sie ab die Rede des englischen sozialdemokratischen Bergarbeiterführers Purcell, des englischen Hofmann, die er in Moskau über die Lage Rußlands und den Bolschewismus hielt?

Weil

weil sie sie festhalten will auf dem Wege der Demokratie, der russischen Brüder zu folgen,

sie sie festhalten will auf dem Wege der Demokratie, der ihnen bisher nur Elend und Unterdrückung gebracht hat und weiter bringen wird.

Gewerkschaft habe bereits Gewerkschaftsgeld für SPD-Wahlzwecke benutzt?

3. Warum verteidigt die „Volkswacht“ die Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern für Wahlzwecke, wenn eine solche Unterschlagung nur „angeblich“ stattgefunden hat?

4. Was täte die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie, wenn die Kommunisten, dort wo sie ein Kartell oder eine Gewerkschaft in der Hand haben, die Gewerkschaftsgelder für kommunistische Wahlzwecke verwenden würden?

Im Antwort wird gebeten!

Die „Volkswacht“ gesteht ihre Lügen ein.

Die „Volkswacht“ hatte die russischen Genossen Budjenny und Woroschilow verleumdet, sie seien alte zaristische Offiziere. In ihrer Antwort auf unsere Widerlegung dieses Schwänbels beah: sich die „Volkswacht“ nur noch mit Budjenny. Sie gibt damit zu, daß sie hinsichtlich Woroschilow gelogen hat. Mit solchen dreizehn Verleumdungen führt sie den Wahlkampf gegen uns.

Budjenny war in seinem ganzen Leben niemals zaristischer Offizier. Wir fordern die „Volkswacht“ auf, ein einziges russisches Regiment des Zaren zu nennen, in dem Budjenny Offizier gewesen sei. Jedes kleine Kind in Sowjetrußland kennt und liebt unseren Genossen Budjenny, gerade weil er, ebenso wie Genosse Woroschilow ein Mann aus dem Volke ist und sich unter der Herrschaft der Bolschewiki emporgearbeitet hat.

Die deutsche freie Demokratie kann allerdings nicht mit einem einzigen Arbeiteregeneral aufwarten. Im demokratischen Deutschland werden nur altbewährte Arbeiterführer und Mannschaften Generale. Und diese Generale werden, wie der Fall machen kann.

Wieder Arbeiterberrat — „wenn es die Situation erfordert“.

So spricht Paul Löbe, voller Sehnsucht nach der Deutschen Volkspartei, der Partei der Schwerindustrie.

Auf dem letzten Bezirksparteitag der SPD. in Breslau legte der linke Sozialdemokrat Lehrer Pleisch dem großen Löbe folgende Frage vor:

„Was wollt Ihr nach dem 7. Dezember tun, werdet Ihr wieder die große Koalition mit der Deutschen Volkspartei und Stresemann machen?“

Löbe antwortete:

„Ja, wenn es die Situation erfordert, werden wir es wieder tun.“

Als sich in den Reihen der Delegierten Widerspruch zeigte, unterstützte der sogenannte „linke“ Wendemuth seinen Parteigenossen Löbe mit den Worten:

„es gibt eben Leute, die es nie begreifen werden.“

Wie sie ihre Mandate zusammenschleichen.

Paul Löbes Korrespondenz listet etwas des Schleier über die Art und Weise, wie die sozialdemokratischen Bonzen sich ihre Mandate zu verschaffen suchten. Der Verlauf des in Bonn stattgefundenen Oberhessischen Parteitages der SPD. ist für die Mandatschleichen typisch. Zunächst wurde eine andere Meinung als die der offiziellen Parteireferenten Gollmann und Haas nicht geduldet. Ihr Hausburche, der Redakteur Zrimborn von der Rheinischen Zeitung, hat prompt den Antrag zu stellen, von einer Diskussion abzusehen, so wird eine „einheitliche Meinung“ erzielt. Der Beschluß erfolgte mit 37 gegen 30 Stimmen. Anwesend waren 100 E. umberedigte, davon 41 Delegierte der Organisationen, die anderen 59 setzen sich zusammen aus Abgeordneten, Sekretären, Redakteuren, Bezirksvorstandsmitgliedern, Kreisvorsitzenden usw.

Die Parteibonzen hatten für alle Fälle 18 Stimmen Mehrkonzeptionschulze an aussichtsloser Stelle der frühere U.S.P.-Konzeptionschulze an aussichtsloser Stelle der frühere U.S.P.-Abgeordnete Gries aufgenommen wurde. Dieselbe Demagogie, die dauernd von Mameludentum und Moslaufdrigkeit in der SPD. und der Vergewaltigung des Willens kommunistischer Parteimitglieder (siehe, werden von Löbis Korrespondenz als übliche Parteischleichen und Intriganten entlarvt, die ihre unteren Parteiarbeiter nur als Zuträger für die, auch so sehr ersehnten, Mandate mißbrauchen.

Die Gewerkschaftsbonzen sicherten sich noch durch einen besonderen Druck ein aussichtsreiches Mandat. Sie stellten der SPD. das Ultimatum, an zweiter Stelle einen Gewerkschaftler kandidieren zu lassen, oder aber die Gewerkschaftsbeamten würden die Arbeit für die Partei einstellen!

Schau, Schau, was nicht alles die Mandatsdiskussionen in der SPD. zutage fördern. Die reformistischen Gewerkschaftsangehörigen gestehen offen ein, daß sie sozialdemokratische Parteiarbeit verrichten! Die Gewerkschaftsmitglieder werden den Reformisten heimleuchten, wenn sie wieder einmal von der „Neutralität“ des U.S.P. etwas vorzügen sollten.

Rechts oder links?



Die Entscheidung fällt am 7. Dezember.

ein russische Frau sich genommen hatte und seine Kinder orthodox erziehe, diesen „Berrat“ ließen seine Landsleute ihn auf Schritt und Tritt fühlen. Ich war um so zuvorkommender ihm gegenüber. Er kam an mein Bett und setzte sich bei mir auf den Fußboden. Er sagte, daß der große Patriot und Aristokrat Herr von Ostrowski ihm nicht einmal gestattet, auf einem Stuhl Platz zu nehmen in seiner Gegenwart. Dieser sonderbare Ehrenmann, der wirklich aus dem bekannten Hause Ostrowski stammte, war als Anführer mehrerer Millionen geworden, er betrieb eine Reihe von Bankgeschäften an den Börsen der Umgegend und verbreitete mit Schand keine höhere Kultur unter den Russen, er ließ auf Pflaster und einige Beamte hatten bei ihm ihre Frauen und Töchter verheiratet. Dabei war er Patriot, erbot von seiner Landsleuten, und ein Zweifel an seiner futuristischen Überlegenheit war nicht erlaubt.

„Und nirgends läßt man mir Ruhe!“ fliegte mein Besucher weiter. „Aber unser Herr Severin, unser Heiliger, sagt mir, macht nichts, wenn die Seele nur rein bleibt! Und spricht zu mir wie meinesgleichen. Aber ich fühle mich ihm gegenüber so gering und wage nicht in seine klaren Augen zu schauen. Zwei, dreimal im Vierteljahr besuche ich ihn um mich zu überzeugen, daß ich noch nicht ganz unter die Hunde gekommen bin, wenn der Grund von Albas Mitternachts Herr Severin Krawitski, wie ein Bruder mit mir spricht.“ „Wo ist er?“ rief ich. „Er war doch im Konzentrationslager.“

„Der zwei Jahre hat man ihn hierher gebracht.“

„Ich bin ein Berwahrter. Meines Vaters Bruder ist er“, sagte ich. „Mein Besucher klopfte vor Freude mit den Händen.“

„Das sind eine Freude geben“, rief er, „unser Alter, unser Landvater und ich freuen!“

Er besorgte mir einen Anzug und alles nötige zur Abfahrt. Am nächsten Tage verabschiedete ich mich von meinen Gastgeber und fuhr am frühen Morgen ab. Es waren zehn Meilen bis zum Wohnsitz meines Onkels. Wir fuhren den ganzen Tag und kamen abends vor einem geräumigen, schönen Holzhaus an, das am Rande einer größeren Ansiedlung stand. Einige Männer und Frauen waren zu sehen und es entstand eine freundliche Bewegung unter ihnen, als sie erkannten, ich wäre der Neffe des alten Herrn, der hier als

Heiliger verehrt wurde; von weither kamen die Menschen zu ihm mit ihren Klagen und Bitten, selbst Familienangelegenheiten überließen sie seinem Urteil. Man sah, daß er hier mit einer besonderen Liebe und Achtung umgeben war. Man führte uns in ein großes Zimmer, das mit schweren eigenen Möbeln einfach aber gut eingerichtet war. In dem Augenblick, als wir eintraten, kam durch die gegenüberliegende Tür ein Mann mit vollständig weißem Haar, welches leicht gelockt seinen Kopf umgab, er hatte ebensolchen Bart und Schnurrbart. Ich erkannte sofort die Ähnlichkeit mit meinem Vater. Er war größer und sein Gesicht, besonders aber seine Augen hatten den Ausdruck einer inneren Verjüngung, einer klaren, ungetrübten Tiefe.

„Er kam auf mich zu und streckte mir beide Hände entgegen: „Meines Bruders Sohn!“, sagte er. „Er schrieb mir von dir. Ich freue mich, dich zu sehen, ich wollte dich kennenlernen.“

Ich blieb zehn Tage bei ihm im Hause.

Man umgab ihn mit einer religiösen Verehrung. „Ein Heiliger ist er unter uns“, sagten die Frauen. Die Bedienten besuchten ihn, selbst ein zur Zwangsarbeit Verurteilter, dem es gelungen war auszubrechen, kam auf der Tusch zu ihm, um sich vor dem westlichen Greis — wie sie ihn nannten — tief zu verbeugen.

Ich verlebte die Abende allein mit ihm; wir sprachen von allen Angelegenheiten des Lebens. Ich glaubte nicht, daß sich irgend jemand seiner stillen Verjüngung hätte entziehen können. Selbst ein Mörder, ein Verbrecher, mit welchem er sprach, konnte nie den Eindruck haben, daß diese kristallene Reinheit sich irgendwie herabsetzen würde zu ihm aus ihrer Höhe, sondern sie schien wie eine Blüte herauszuwachsen aus dem Sumpf der menschlichen Gesellschaft.

Ich muß schreiben.

Es wartete meiner noch eine unerwartete Begegnung. Als ich in einem sibirischen Ort auf die Pferde wartete, sah ich eine Handvoll Leute, die einem Sitz folgten. Man fuhr ihn auf einem gewöhnlichen Schlitzen, wie man sie hier zum Transport von Lasten gebraucht.

„Wer wird hier begraben?“, fragte ich den Kutscher. „Ein Berwahrter ist gestorben. Es war ein lieber, guter Herr gewesen. Vor dem Tode hat er den Papen Krawitski geschrieben. Ein Allgäubiger wahrscheinlich.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, Planitzer 17

Arbeitergenossenschaften, Sozialdemokratie und Kommunisten.

Zur Reichstagswahl.

Die Wahlkampagne ist für die Parteien des Bürgertums einschließlich der Sozialdemokratie die Zeit, den Wählern die süßesten Versprechungen zu machen, die einzuhalten sie nicht im geringsten gewillt sind. Deshalb ist es gerade jetzt an der Zeit, den Arbeitermassen den Lüg- und Trug der proletarischen Klassengegner zu beweisen.

Die proletarische Genossenschaftsbewegung hat für die Arbeiterklasse eine außerordentliche Bedeutung. Schon jetzt müssen die Genossenschaften zu Kampforganen gegen den Widerstand der kapitalistischen Institutionen und zu Propagandamitteln, die die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse materiell unterstützen, ausgebaut werden. Beim Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung nach Errichtung der proletarischen Diktatur sind die Genossenschaften ein wesentlicher Faktor. Deshalb muß das Proletariat schon heute alles zur Erhaltung und Stärkung der proletarischen Genossenschaftsbewegung tun.

Wir Kommunisten haben stets betont, daß es heute, bei der progressiven Verelendung des Proletariats, unmöglich ist, allein aus den Mitteln der Arbeiterklasse die Genossenschaften zu erhalten und auszubauen. Sie müssen deshalb mit finanziellen Mitteln unterstützt werden. Die Gewährung von öffentlichen Krediten, wie sie die Junker und Schloßbarone massenhaft erhalten haben, müssen auch die Arbeitergenossenschaften verlangen. Von den Steuern, um die sich die Kapitalisten durch Abschreibungen und illegale Vereinbarungen mit ihren Staatsdienern drücken, müssen sich die Arbeitergenossenschaften befreien. Der Kampf für diese Privilegierung der Genossenschaften ist natürlich rein parlamentarischer, sondern wird durch den Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgetragen. In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie gegen das Proletariat.

Selbst dort, wo durch parlamentarische Anträge den Arbeitergenossenschaften kleine Vorteile gewährt werden konnten, haben die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie sich als ausgesprochene Feinde der Arbeitergenossenschaften bewiesen, und alle die Kommunisten haben ihre Interessen wahrgenommen. Selbst die reaktionären Genossenschaftsinstanzen stellen — trotz ihrer „Neutralität“ — fest, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalistische Volkspartei gegen die Genossenschaften kämpfen, weil sie sich mit den Junkern zum Kampf gegen die Konsumvereine verbünden. Die Demokratische Partei hat gegen die „Verzerrung der Konsumvereine“ in der „Wäcker- und Konditor-Lagerung“, Berlin, 5. November, eine Erklärung abgegeben, in der es wörtlich heißt:

„Gegen die Freilassung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer hat sich unsere Partei als einzige ohne jedes Schwanken stets eingesetzt. Wir werden auch weiter gegen eine solche Begünstigung der Konsumvereine eintreten.“

Das ist so deutlich und klar, daß jedes Konsumvereinsmitglied sehr einfach seine Schlüsse ziehen kann.

Auch die Genossenschaftsinstanzen sind in der Wahlkampagne — trotz der „Neutralität“ — nicht untätig. Zwar wagen sie nicht so offen wie der KPD, die vollkommene Verhinderung mit der SPD, zu verkünden, aber auch ihrer Meinung nach ist die SPD, diejenige Partei, die in den Parlamenten die „Interessen der Genossenschaften“ vertritt. Der ganze Genossenschaftsapparat wird deshalb von der Bürokratie der SPD während der Wahl zur Verfügung gestellt. In den Konsumvereinsstellen werden Plakate für die SPD ausgehängt und Flugblätter verteilt, die Genossenschaftsversammlungen werden zu Wahlveranstaltungen für die SPD benutzt, die Genossenschaftsbezirke benutzen ihre vom Konsumverein bezahlte Arbeitszeit zur Wahlpropaganda für die SPD, die Personenautos und der Fuhrpark der Konsumvereine werden zum Transport der Redner, Flugblätter usw. zur Verfügung gestellt. Selbst finanziell weiß die Genossenschaftsbürokratie die Wahlkassen zu stärken. Bei der Reichstagswahl am 4. Mai sind Hunderte von Beweisen für diese Wahlunterstützung der SPD, geteilt.

Was die SPD aber für die Arbeitergenossenschaften praktisch geleistet haben soll, zeigt am besten ihr bisheriges Verhalten in den Parlamenten. Wir stellen hier der Tätigkeit der SPD, die der SPD gegenüber:

- | Kommunisten für die Arbeitergenossenschaften. | Sozialdemokraten gegen die Arbeitergenossenschaften. |
|--|---|
| 1. Am 13. März 1922 wird der Antrag im Preussischen Landtag für ein zinsfreies Darlehen an die preussischen Konsumvereine von 500 Millionen Mark gestellt. | 1. Sozialdemokraten stimmen geschlossen dagegen. |
| 2. Am 22. März 1922 wird im Reichstag Antrag auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer gestellt. | 2. Sozialdemokraten stimmen geschlossen dagegen. |
| 3. Wird Antrag am 17. November 1922 auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer im Reichstag gestellt. | 3. Sozialdemokraten stimmen geschlossen dagegen. |
| 4. Kommunisten stimmen geschlossen für Antrag der SPD. | 4. Am 19. Juni 1923 wird parlamentarischer Antrag auf Umsatzsteuerbefreiung im Reichstag gestellt. |
| 5. Kommunistische Forderung: Weg mit der Umsatzsteuer! | 5. Herr Dr. Giffarding wird am 15. August 1923 Reichsfinanzminister und erhöht im Oktober die Umsatzsteuer von 1% auf 2 Prozent, ohne die Konsumvereine von der Steuer zu befreien. |
| 6. Schärfster kommunistischer Kampf gegen das Ermächtigungsgesetz. | 6. Grundpflicht am 17. November die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, wodurch die Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent erhöht wird, auch für die Konsumvereine. |
| 7. Am 21. März 1924 wird im Reichstagen Landtag der Antrag gestellt, den jüdischen Konsumvereinen ein | 7. Will erst untersuchen lassen, ob und inwiefern der Staat in der Lage sei, Gelder zur Verfügung zu |

zinsfreies Darlehen zu geben.

8. Am 2. August 1924 werden drei Anträge im Reichstag gestellt, daß die Gewerbesteuer und Umsatzsteuer für die Genossenschaften aufgehoben wird, daß die Arbeitergenossenschaften einen zinsfreien Kredit von 100 Millionen Mark erhalten.

9. Am 10. Oktober wird im Reichstagen Landtag ein Antrag für Staatskredite gestellt.

Bei den letzten beiden Anträgen konnte sich die Sozialdemokratie im Parlament vor einer klaren Stellungnahme noch herumdrücken, da die Anträge noch nicht zur Verhandlung und Abstimmung standen. Aber außerhalb des Parlaments und vor allem die Genossenschaftsinstanzen selber, die aktive Mitglieder der SPD, haben genaugen befohlen, daß sie gegen die Annahme der Anträge sind. Der Vorstand des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ in Hamburg hielt es für „swekos“ für die kommunistischen Anträge eine Massenmobilisation der Arbeiterklasse zu organisieren, und brachte auch sonst in den Briefen an die kommunistische Reichstagsfraktion die Gegnerschaft zum Ausdruck und schimpfte darüber, daß die Anträge nicht durch die „zuständige Instanz“, sondern die Oppositionskommission veranlaßt seien.

So sieht also in Wirklichkeit die „Interessenvertretung der Genossenschaften“ durch die SPD aus! Sie lehnte alle Anträge, die die furchtbare Lage der Arbeitergenossenschaften hätte erleichtern können, ab. Deshalb sollte kein ehrlicher Sozialist auf den plumpen Wahlschwindel der SPD hereinfallen und klar erkennen, daß auch die KPD, nur die einzige Partei ist, die die Interessenvertretung der Genossenschaften ernst nimmt. Deshalb keine Stimme der SPD!

Die Genossenschaftsmitglieder wählen nur Kommunisten!

Zeit den sozialdemokratischen Genossenschaftszerstörern ihr Handwerk.

Der Beschluß der genossenschaftlichen Zentralinstanzen auf ihrer Bürokratenkonferenz am 22. September in Hamburg zur Verurteilung der Genossenschaftsbewegung wird tatsächlich durchgeführt. Der Aufforderung an sämtliche Konsumvereine, daß alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Mitglieder auszuscheiden sind, wird Folge geleistet. Verschärft geht der reaktionäre Kurs der Hamburger Bürokraten weiter.

Maßregelungen von kommunistischen Anzeigekonten.

In Lübnitz haben die die Bürokratie sofort zwei kommunistische Anzeigekonten gemarret, weil von ihnen der Konsumvereinsmitglied der das heidnische Gerede über die „Neutralität“ als eine Pundeeinigkeit mit der SPD entlarvt worden war.

Die GGG in Hamburg hat vier kommunistische Anzeigekonten entlassen wegen angeblicher „Schädigung des Geschäfts in der Öffentlichkeit“. Sie hat sie selbst dann nicht wieder einstellt, als das bürgerliche Gericht die Unrechtmäßigkeit der Entlassung feststellte. Im Gegenteil, die Antwort der Bürokratie war die irreführende Entlassung eines weiteren kommunistischen Anzeigekonten.

Ausschlüsse aus den Genossenschaften.

Auch mit den Ausschlüssen ist begonnen worden. Zuerst wurde Genosse Scherz durch den Antrag des rheinisch-westfälischen Unterverbandes vom Konsumverein Köln ausgeschlossen; dann Genosse Raulebach, weil er in einer öffentlichen Genossenschaftsversammlung in Solingen, in der Reformisten eine gewaltige Niederlage erlitten, eine Resolution für die Amnestierung der politischen Gefangenen einbrachte, die mit Mehrheit angenommen wurde! Wer sich also in den Konsumvereinen für die Befreiung der politischen Gefangenen einsetzt, wird ausgeschlossen.

Nicht nur Spaltung, sondern Zerschlagung der Genossenschaftsbewegung bedeutet der Beschluß der Hamburger Instanzen. Am Kölner Konsumverein beispielsweise war die Bürokratie sofort bereit, den Betrieb im Solinuer Bezirk einzustellen, was den vollkommenen Bankrott des heute schon wackelnden Kölner Konsumvereins bedeuten würde. Weil sie dort mit einem Käuferstreik der Kommunisten rechnete, hat sie sofort allen Anzeigekonten gekündigt und die Kündigung bis heute noch nicht zurückgenommen. Deshalb hat sich sogar die Gewerkschaftsbürokratie gegen die Genossenschaftsbürokratie stellen müssen.

Die Ausschlüsse ganzer oppositioneller Genossenschaften, die die Bürokratie täglich androht, sind nur momentan durch die Reichstagsabwahlen vertagt. Die Zerschlagungsarbeit der reformistischen Genossenschaftsbürokratie wird dann in verschärfter Maße weitergehen.

Die Antwort der Genossenschaftsmitglieder.

Die Klassenbewußte Mitgliedschaft ist die Antwort auf die reaktionäre Offensive der Instanzenkette nicht schuldig geblieben. In unzähligen Verteilungsstellenversammlungen, Generalversammlungen, öffentlichen Versammlungen, Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen ist den Hamburger Zerschlägern die Mäule vom Gesicht gerissen worden. In Berlin haben bereits fünf öffentliche Genossenschaftsversammlungen, verschiedene Verteilungsstellenversammlungen und die Generalversammlung der Bürokratie geantwortet. In Weissenfels rechnete eine von über 1500 Mitgliedern besuchte Generalversammlung mit den Hamburger Kapitalisten ab. Die Vertreterversammlung des Konsumvereins Halle faßte eine scharfe Entschiedenheit gegen die Schädigung der proletarischen Genossenschaftsbewegung durch die Hamburger Instanzen und mißbilligte deren Vorgehen. In der Vertreterversammlung in Remscheid wehrte sich die Mitgliedschaft gegen den Angriff der Hamburger Instanzen und erklärte, nach wie vor die Genossenschaft in den Dienst des Proletariats stellen zu wollen. In Ludwigsfelde beantwortete eine überfüllte öffentliche Genossenschaftsversammlung die Maßregelung der Kommunisten. Im Bereich des Kölner Konsumvereins ist eine außerordentliche Empörung vorhanden. In Solingen, Opladen, Wald, Köln, Hönningsthal, Dillig, Bledors usw. fanden größere Versammlungen statt, wo die Instanzenkette trotz andärrlicher Einladungen nicht erschien, weil sie vor der Verantwortung vor den Mitgliedern seine Knecht.

stellen. Sollte die SPD, dem Antrag zugestimmt, wäre der Antrag angenommen, da SPD, und Kommunisten in der Mehrheit waren.

8. Keine Unterstützung dieser Anträge.

9. Keine Unterstützung dieser Anträge.

Der Forderung der Bürokratie auf: Ausschluß aller Klassenbewußten Genossenschaftsmitglieder!

Ist die Forderung: Meinung der Genossenschaften von den kapitalistischen Instanzen!

entgegengestellt. In den Versammlungen des Kölner Bezirks ist überall die Entlassung des sozialdemokratischen Geschäftsleiters Kupprecht gefordert. Auch eine am 9. November stattgefundenen Genossenschaftsversammlung des Kölner Konsumvereins verlangte die Entlassung Kupprechts. Selbst die sozialdemokratischen Arbeiter wenden sich gegen dieses Treiben ihrer Parteiführer: In Weissenfels stimmten sie zusammen mit den Kommunisten. In Gotha stellten sie sich gemeinsam gegen die Hamburger Klause; ebenso in anderen Orten.

Die Kampagne der Klassenbewußten Opposition gegen die Genossenschaftszerstörer muß verstärkt weitergehen. Die Genossenschaftsmitglieder haben es jetzt noch in der Hand, das verbrecherische Treiben dieses Bürokratenknäuels zu verhindern. Die Kampagne muß noch gesteigert werden. Jeder, der sich die Bürokratie über die Bestimmungen ihrer Statuten hinweg und verhöhnt die Einberufung von Mitgliedserversammlungen. Die Mitglieder müssen dann über den Kopf der Instanzen hinweggehen. In allen Orten müssen die Genossenschaftsmitglieder zum Teufel gejagt werden. Seit diesen Spaltungen und Zerschlägungen ihr verbrecherisches Handwerk, reinigt die Genossenschaften von diesen Schablonen der proletarischen Klasseninteressen und macht die Genossenschaftsbewegung endlich wieder zu einer brauchbaren Waffe im proletarischen Klassen- und Befreiungskampf.

Von den Sozialdemokraten ans Messer geliefert.

Der in Stuttgart erscheinende „Genossenschaftler“, ein von dem Sozialdemokraten Feuerstein herausgegebenes genossenschaftliches Revolverblattchen, lebt seit einigen Jahren von nichts anderem als einer heillosen Kommunistenhetze. In seiner Novembernummer verfuhr dieses Blatt in der üblichen Weise den Tatsachenmittlungen unseres „NS“ aus dem Wege zu gehen, indem es von sich auf und schloß, daß unsere Feststellungen albern und „Lügenbeuterei“ bezeichnet. Der neueste Grund der Aufregung ist unsere Feststellung, daß bei den Wahlen die sozialdemokratischen Konsumvereine in den Dienst der Partei des Sozialverrats gestellt werden. Was nun bestritten wird, beweisen aber die augenblicklichen Wahlen erneut, wie unser Leitartikel eindeutig feststellt. Wenn also die Klassenjustiz der politisch nicht-neutralen Arbeitergenossenschaftsbewegung an den Fragen gehen will, braucht sie gar nicht auf die „kommunistischen Verbrecher“ zu warten, sondern kann die Genossenschaften jederzeit „ans Messer liefern“ auf Grund der sozialdemokratischen Felle, die die Genossenschaften ökonomisch und politisch ruhmlos in den Dienst der sozialreformistischen Politik gestellt haben.

Für die proletarischen Mitglieder massen gibt es keine andere Lösung, wenn sie die Genossenschaften in den Dienst ihrer Arbeiterinteressen und des Klassenkampfes stellen wollen, als diese sozialverräterische Bürokratie zu verjagen und an die Stelle der Verbrecher an der proletarischen Genossenschaftsfrage Klassenbewußte Genossenschaftler zu setzen.

Die „Preisregulierung“ der Konsumvereine.

Zeit Monaten gehen die Preise für die wichtigsten Bedarfsgegenstände täglich in die Höhe. Die Spekulation und der Wucher blühen üppig. Die Konsumvereine sollten gegen die wilden Preistreiber der kapitalistischen Profitunternehmungen ein Schutzwall für die wertvolle Bevölkerung setzen. Insbesondere hat die Genossenschaftsbürokratie ständig über die preisregulierende Wirkung geredet. Wie es damit oft in Wirklichkeit aussieht, zeigt jetzt wieder ein Fall in Magdeburg. Dort hat die Väter-Zwangsvereinigung die Herausgabe des Brotpreises bestimmt und sie sendet ihren Mitgliedern folgende Karte: „Väter-Zwangsvereinigung, Magdeburg, 9. Oktober 1924.“

Am Montag, den 13. Oktober d. J., ändert sich der Brotpreis im Einverständnis mit Waren- und Konsumvereinen dahingehend, als 2000 Gramm ausgedeckten 0,80 Mark kosten. Der Preis ist Mißpreis.

Die Preislisten müssen entsprechend abgeändert und von der Polizei neu unterstellt werden. Wir erwarten von den Mitgliedern, daß die Richtlinien eingehalten werden.

Der Vorstand: Heinrich Weder, Obermeister.

Statt also den Kampf gegen die kapitalistischen Unternehmungen zu führen, stellt sich hier die „preisregulierende Wirkung“ des Konsumvereins der gemeinsam mit den Vätermeistern den Preis höher, als eine noch schlimmere Ausplünderung der wertvollen Massen dar. Soll so die „preisregulierende“ Wirkung der Konsumvereine aussehen?

„Genossenschaftszeitung“.

Organ der proletarischen Genossenschaftsopposition. Das Lesen und Verteilen dieser oppositionellen Genossenschaftszeitung ist durch die Instanzen des mitteldeutschen Revisionverbandes bei Strafe des Ausschlusses aus der Genossenschaft verboten!

Diese Zeitung bringt monatlich regelmäßig ausführliches Material über die Vorgänge in der Genossenschaftsbewegung und die Arbeit der Klassenbewußten Opposition; erscheint 12 Seiten — Preis 5 Pf.

Die Novembernummer enthält u. a.: Wieder mit den Verführern der Arbeitergenossenschaften! — Das Echo auf den Ausschlußaufruf. — Der Kampf gegen die Verflüchtigung der internationalen Genossenschaftsbewegung in Gent. — Kriegskarten der „Friedens“-Apostel. — Kolonisation oder Sozialisierung. — Die russischen Genossenschaften üben Solidarität. — SPD-Mitglieder redieren gegen die Genossenschaftsbürokratie. — Statt „Proletariat“ des Proletariats Souffläten für satte Bourgeois. — Die Genossenschaftsbürokraten als reaktionäre Scharmacher. — Ein neuer Scharmacherreich der GGG-Geschäftsleitung in Hamburg. — Massenaufmarsch gegen die Genossenschaftsbürokratie. — Bestellungen sind zu richten an den NSG-Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen.

Soeben erschien: Preis 30 Pf. nhr. Soeben erschienen: **Novemberheft der Genossenschaft im Klassenkampf**

Mosk uer interna: Genossenschafts-Balladn
INHALT: Heinrich Brandler: Genossenschaften und Gewerkschaften. Otto Schröder: Grundfragen der kommunistischen Genossenschaftspraxis. Das Resultat des Genfer Kongresses. ALLEM. GENOSSENSCHAFTSVERLAG, BERLIN W 6

Aus den Gewerkschaften.

Aus der Margaretentische.

Unter dem Vorsitz des Hohenpriesters Ruffert gab in der letzten Ortsauskunft der Gewerkschaften Ruffert einen mündlichen, recht freierten Bericht über den Stand des Gewerkschaftshauses. Er führte aus, daß die Berichte in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ nicht der Rede wert seien. Bemerkenswert aus dem Bericht von Ruffert ist, daß durch die Sparkasse das Gewerkschaftshaus mit 270.000 Mk. Schulden belastet sei, diese Schulden müssen in den nächsten Jahren aus dem Gewerkschaftshaus herausgewirtschaftet werden. An eine Herabsetzung der Miete oder der Preise für Speise und Getränke sei nicht zu denken. Ein Bestand der Waren wurde nicht angeführt, und so etwas nennt man Bilanz in einem „sozialistischen“ Betriebe. Aus welchem Grunde weigert man sich eine schriftliche Bilanz vorzulegen? Von mehreren Rednern wurde die Bewirtschaftung des Gewerkschaftshauses kritisiert, darüber große Entrüstung bei Ruffert. 6 Jahre führe er das Gewerkschaftshaus, er lasse sich nicht verdrängen, bevor nicht die Bankrotte des MGB. errichtet sei. Wenn er die Leitung der Bank bekomme, so lasse er über seinen Abgang reden.

Bei der Wahl der neuen Totalkommission traten die Stadtzieher Ruffert und Vogel in Tätigkeit. Sie gaben die extra gegen einige Personen geschaffenen Sitzungen bekannt. In Zukunft kann nur Mitglied der Totalkommission sein, wer der Sozialdemokratischen Partei angehört und der Geschäftsleitung genehm ist. Die Verwaltung der Eise erfolgt nach einem System wie es früher bei dem Dreiklassenparlament üblich war, 7 große Gewerkschaften erhalten 14 Sitze, der Ortsausschuß (Vogel und Ruffert) 2 Sitze, die Partei 2 Sitze, auf die übrigen 31 Gewerkschaften entfallen 3 Sitze. Das ist die Demokratie für die Massen aus der Margaretentische. Trotz Protestes der Vertreter des Sportartells und der kleineren Gewerkschaften gegen die geldmäßige Verteilung der Sitze, erklärte Ruffert, an den Vorschlag darf nichts geändert werden. In die Totalkommission dürfen nur Gewerkschaftsführer die „verträglich“ und „hohenständig“ sind, denn das neue Herrenhaus wie Ruffert sagt — muß auf der „Söhne“ sein. Von dieser Totalkommission wird eine Geschäftsleitung von 7 Personen gebildet. Dazu sind aber nur ganz ausgewählte Laubstümme zu gebrauchen.

Am 3. Punkt der Tagesordnung: Festlegung der neuen Satzung zur Aushebung des gewerkschaftlichen Jugendartells. Bericht Ruffert, daß für die Zukunft nicht mehr das Jugendartell, sondern die Ortsverbände bestimmen wer als Vertreter in das Jugendartell kommt, es hätte sich gezeigt, daß das Jugendartell geistig regloser sei wie das „Männerartell“. Man kann sich die Kinder nicht über den Kopf wachsen lassen. Dieser freien geistigen Selbstständigkeit soll durch die neuen Satzungen die Abhängigkeit beigebracht werden. Ebenso müssen in der Zukunft die Delegierten zum Ortsausschuß nicht mehr von der Mitgliedschaft gewählt, sondern von den Ortsvorständen bestimmt werden. Die Wahlzeit gilt für zwei Jahre. Diese Änderung zeigt von der Angst vor der Opposition. Nur kein Kampf für die Erhöhung der Renten. Aufklärung der Be-

triebsräte über die reaktionären Pläne der Unternehmer. Diese Arbeit ist für die leitenden Personen der Breslauer Gewerkschaftsbewegung ein Buch mit 7 Siegeln. Dafür aber Intelligenz mit seinen eigenen Begleiterscheinungen. Positionsgier mit materiellem Belag. Und der Erfolg? Am Ort eine große Misdiagnostik der Arbeiter, und das zu einer Zeit wo im Vergleich zu der Vorjahreszeit die Zahl der Gewerkschaftsangehörigen und des Ortsausschusses um hundert Prozent vermehrt ist.

Betrieb und Werkstatt

Er ist um seinen dicken Bauch besorgt.

Einen neuen Unternehmer haben die Arbeiter auf der Freuhengrube in Olmitz. Thomas ist sein Name. Vornehmlich versteht es dieser Herr, seine ebemaligen Freunde, mit denen er beim Militär vergnügliche Tage verlebte hat, um sich zu scheren und jacht über den besten Lohn. Wer also die Ehre hatte, beim Herrn Thomas im Militärhande Stiefel zu reifen, der bekommt jetzt einen schönen Tagesverdienst.

Er ist auch übrigens sehr um das Interesse seiner Anlage besorgt. Er soll angeblich keine Gewinne abwerfen und damit recht viel Gewinne herauskommen, hält es der Herr Direktor für notwendig, bei einer von einem hohen Jaur umfäumten Grube noch 24 Wächter und drei Kontrolleure zu halten. Früher, als die Grube nicht eingezäunt war, mußten drei alte Invaliden die Anlage vor Einbrüchen beschützen. Dazu muß sich der Herr Direktor selbstverständlich noch eine Feuerwehr halten, die als Kriminalbeamte jedem Arbeiter in der Tasche schaukeln, ob er da nicht irgendwo einen Waggon voll Kohle mit nach Hause genommen hat. Die Leute werden dafür anständig bezahlt, wo hingegen Herr Thomas seinen Arbeitgeheimnissen sieben Stunden des Tages bezahlen läßt, also jede Arbeiterin, die dort beschäftigt ist, nur zirka drei Viertel ihres ihr zuständigen Tageslohnes bekommt. Weiterhin verbietet der Herr Direktor den Arbeitern das Mitnehmen der Holzabfälle. Aber zur Ausstattung von Sälen für nationale Zwecke, Saufgelage, Veranstaltung der Kriegervereine, werden in Beuthen wochenlang Silberring- und andere Fabrikanten auf Kosten der Grube beschäftigt.

Begehrten werden in den Abteilungen unsichtbare Arbeiter geführt, die zwar den Lohn abgeben, und zu den Freunden allenfalls der Bergverwaltung zählen, die aber monatlang kein Pfund Kohle an das Tageslohn fördern. Meistens werden dann diese unsichtbaren Geister in der nächsten Umgebung des Herrn Direktors zur Verschönerung seines Gartens und zur Ausstattung seiner Wohnräume gebraucht. Sie werden auch anständig bezahlt, was wir, selbstverständlich nur nebenbei bemerkt, den Arbeitern gar nicht mitgönnen.

Jedoch, die ganzen hier angeführten Tatsachen haben einen kleinen Haken und das ist der: Herr Thomas ist nämlich eifrig bemüht, seinen Arbeitern die ihnen zustehenden Zuzulöhne entweder zu kürzen oder Arbeiter, die nach höheren Tarifsklassen bezahlt werden müßten, in niedrigere Klassen hinabzulegen. — Weht sich jemand dagegen an, so wird er an die feuchte Luft, d. h. auf Straßenspaster, befördert.

In demselben Betriebe wird auch eine Wohlfahrtsvereinigung unterhalten, die man Kantine nennt. Jedoch haben die Arbeiter von dieser Wohlfahrtsvereinigung sehr wenig Gewinn. Während sonst im Handel der Bräutering 15 Bg. kostet, muß ihn der Prolet hier mit 20 Bg. bezahlen. Das Pfund Butter kostet in jedem Geschäft 1,20 Mark, während es in der Kantine mit 1,60 Mark bezahlt werden muß. Und so ist es mit allen anderen Artikeln.

Aun wird vielleicht jeder Seite fragen: wo gehen denn die Gewinne der Kantine und auch die Dividenden der Anlage hin?

Den Teil, den die Wohnungsgesellschaft einstreichen muß, für den sonst Herr Thomas selbstverständlich das übrige, das aber von uns, zum Beispiel, dem Herrn Thomas, sich auch als Politiker ohne den dazu nötigen Verstand zu betätigen.

Bei der letzten Wahl konnte man Beobachtungen machen, nach denen Herr Th. eifrig für die Deutsche Volkspartei, die Partei der Schwerindustriellen Propaganda machte, und zwar in der Form, daß er ganz einfach in allen umliegenden Orten seines Betriebes Bier- und Saufgelage veranstaltete und somit unter den Arbeitern Einmengen trieb.

Aus den Ueberflüssen der Kantine hat man für die Herren der Freuhengrube in der Kantine einen kleinen Spielplatz mit allen Bequemlichkeiten geschaffen und eine ganze Anzahl Handwerker waren 14 Tage beschäftigt, um dem Bequemlichkeitsbedürfnis der Herren Verwalter Rechnung zu tragen.

Angesichts dieser Tatsachen appellieren wir an die Arbeiter der Freuhengrube, einmal nach dem Rechten zu sehen und fragen auch zugleich an: Wo ist der Betriebsrat, und was macht er. Schläft er oder wacht er? Ein Arbeiter.

Billiger Mittagstisch

bietet sich Ihnen durch Einkauf von frischen Seefischen

Kopflösen

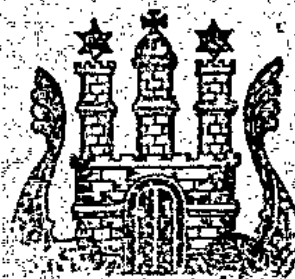
Goldbarsch 33 Pfund

Lengfisch im Schnitt 45 J, Seelachs Pfd. 40 J alle anderen Sorten Fische billigst.

Größte Auswahl in Räucherwaren, Marinaden, Konserven und Oelsardinen

Beachten Sie bitte unsere Auslagen.

Versand nach auswärts
Wiederverkäufer Sonderoffer e



Unsere Geschäfte sind vom Ringe aus linke Seite

Breslauer Fischhallen

Schmiedebrücke 59

Neue Schweidnitzer Straße 10

Markthalle Ritterplatz, Stand 63/64

Achtung! Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Ortsgruppe Hirschberg i. Schl.

Alle Mitgliedskarten müssen bis 15. Dezember 1924 vollgeklebt und an die Unterkassierer abgegeben werden zwecks Umtausch in Bücher.

Günstigste Zeit für Neuaufnahmen. Die Lokalverwaltung, G. Weigel.

Wir empfehlen unsere **Druckwaren** zur Anfertigung und billigen Preisberechnung von:

- Plakaten
- Briefbogen
- Rechnungen
- Flugblättern
- Programmen
- Eintrittskarten
- und alle anderen Druckarbeiten

PEUVAG
Papier-Druck- und Verwerthungs-Gesellschaft Berlin
Filiale Breslau
Friedrichstraße Nr. 58

Josef Hennek
Zigarren-Import und Versand
Ratibor 06.
Fahrgasse 3.

Haben Sie 'ne „GUTE FEE“ zu Haus?

Wo im Haus 'ne „Gute Fee“,
Sibt es weder Leid noch Weh'.

- „GUTE FEE“ erst seit kurzem im Handel, hat schon die Welt im Sturm erobert.
- „GUTE FEE“ ist das hervorragendste Heilmittel, das die Welt je gekannt hat. Seine Erfolge sind einzig in ihrer Art.
- „GUTE FEE“ ist das Mittel, welches von jahrelang quälenden Gicht-, Ischias- und rheumatischen Schmerzen radikal befreit.
- „GUTE FEE“ ist das unerlässliche Mittel bei Neuralgie, Grippe, Kopf- und Nervenschmerzen. Es ist sofort.
- „GUTE FEE“ ist keine chemische Arznei, sondern ist aus verschiedenen heilkräftigsten Pflanzenstoffen hergestellt.
- „GUTE FEE“ greift das Herz nicht an, im Gegenteil stärkt es.
- „GUTE FEE“ ist ein absolut unschädliches, giftfreies Präparat in Extraktform, welches nicht allein Schmerzen für den Augenblick stillt, sondern auch das Leiden in ganz kurzer Zeit ein für alle Male wirklich beseitigt.

So etwas ist noch nicht dagewesen!

„GUTE FEE“ heilt das Leiden — und wir können es beweisen an Hand der vielen Dankschreiben. / **Unausgefordert** schreiben uns am 20. Oktober 1924 Herr und Frau Georg Ederl, Gailenegg, Ludwig (Bayern):

„Ich linge mit ich können Ihnen über mein Leiden sagen, daß es schwer zu ertragen. Ihr Mittel ist einfach großartig. Mir hat geholfen, nachdem ich schon 3 Wochen lang keine Ruhe schlafen konnte, vor Schmerzen am Morgen. Ich hatte zu Ihrem Mittel, wirklich gelang kein Vertrauen mehr, da ich in schon so viele andere und keine Besserung brachte. Das ist mir jetzt für möglich hielt, ich durch Ihr Mittel zur Besserung geworden, daß ich nun meinen hartnäckigen Leiden endlich werde. Das wird mir große Freude machen, wenn Sie nun für Ihre Hilfe meinen besten Dank entgegen.“

Wenn jemand, den wir nie im Leben gesehen haben, **unausgefordert** einen solchen Brief schreibt, dann ist es eben ein weiterer zehntausender Beweis für die glänzenden Wirkungen unseres Heilmittels „GUTE FEE“.

Das ist kein fauler Zauber, das ist einfach Tatsache.

Der Preis des „GUTE FEE“ ist Mark 3.— per Haus gegen vorherige Einzahlung des Betrags.
Aus Reklamegründen erhält bis zum 31. Dezember 1924 jeder 50ste Besteller eine Flasche „GUTE FEE“ gratis und franko.

Nur ein Versuch kann überzeugen!

Mark 3.— ist ein so geringer Betrag, das ein jeder, der leidet, es sich leisten kann, gesund zu werden.

Wieland-Apotheke, Versand-Abtlg. 2819
Berlin W. 15, Hohenzollerndamm 2.

Bitte Namen und Adresse recht deutlich zu schreiben.

Uns der Provinz

Proletarierinnenlos

Verunglückt! — Wer?
Ein Klüßlein und ein Raunen:
Der Spinnerin vom zweiten Stuhl
Hat's Rad die rechte Hand zerdrückt.

Es war so lieb, sie war so gut,
Wie ein Kind veritaut,
Nun riecht sie hellrotes Blut
Ueber ihre weiße Haut.

Von der fluchbeladenen Glatte
Trägt man sie ins Krankenhaus
Einneswiler — noch im Beise —
Dort sie wie der Webstuhl sault.

Und den andern, die geblieben,
Den vergrämten Arbeitsfrauen,
Schicksalsschläge sind beschieden
Noch vor Morgengrauen.

An Herrn Schnatterich, Dr. Unblutig genannt der „schöne Paul“ in der Bergnacht.

Als einfacher Arbeiter will ich es doch einmal wagen, auf das konsultionistische, mistische, diebstahlische, schreibsel Herrn Schnatterichs, Dr. Unblutig, der Frau Dantte „Bergnacht“, dem Lokalsblatt des Schleißens zu antworten. Erstens habe ich mich geschworen, mitzutheilen diese ausserlesenen hochstilbegabten Zeitungen, in welchen Paulchen auftritt ins Panoptikum von Blagwitz überweisen zu lassen, um mal feststellen zu können, ob nicht noch „Ma“ für jenen genialen liebseligen „Paul“ Dr. Unblutig vorhanden ist. Paulchen hört auf allen kleinen Dratsch und Knatsch, der gegen Kommunisten gerichtet ist und fällt dann jedesmal in seinen eigenen Mostrieh. Er verliert in seinem Gschmiedel die Arbeiterschaft gegen die KPS, gruselig zu machen. Paulchen vergisst dabei, hört steht und riecht gar nicht wie übel stinkend („moralisch gemeint“) es um seine eigenen Anhänger und Genossen bestellt ist. So ja, ist das große Bier die SPD-Kanone Landtagsabgeordneter genannt „Ehiele“ in der Lage sein, spiritistischen Ausschweifungen in einem großen Moralbortrac den Arbeitern in Anwendung zu bringen. Ich darf nur an das schöne Referat in Felshammer im Mai d. J. erinnern, wo er noch ganz wohntrunken von dem Kaffeeklatsch den die SPD am 1. Mai auführte, auf der Bühne mit seinen Quackalberchen hin- und herstorkelte. Das ist aber, gemessen an seinem ebenbürtigen Genossen Bedet, dem Gewerkschaftsvertreter des BZ, noch gar nichts. Dieser läßt seinen Gewerkschaftssekretariatschlüssel in drei verschiedenen Umwandlungen verschwinden, um nachher im Mostrieh oder Fokus danach zu suchen. Aber daß solche spiritistische Umwandlungen nicht erst auf die von der SPD verberstigte „Stabilisierung der Markt“ zurückzuführen ist, beweist doch ein anderer Fall. Dem SPD-Vorsitzenden in Felshammer wurde bei einer Sauserlei mit Bürgerlichen ein Misat von Schieren umgehungen mit der Aufschrift „Hoch lebe die Monarchie“. Unter den Arm drückte man ihm das „Neue Tagblatt“. In solcher Verfassung und in diesem Aufwande „erhielt“ der Mohr einen Fußtritt, von den Bürgerlichen, mit denen er gefessen hatte und wurde auf die Stufen vor dem Lokal gesetzt. Weinade hätte man ihn per Wagen nach Blagwitz geschafft. Schade, daß der Photograph schon schlief, denn dieses Bild hätte gewiss am Wahltag für die SPD einen ungeheuerlichen Stimmenfang erzeugt. Ein solches Erbe vom Gewerkschaftssekretär des BZ, Bedet hat auch der Verhandlungsleitende Erbe von Felshammer angefahren. Bedet und Erbe haben in Felshammer einen Altentand für Invaliden veranstatet, bei welchem die Invaliden mit Moralpredigten — auch nein, in „Spiritismus“ gefehrt wurden. Natürlich von Gewerkschaftsleuten. Die Folgen blieben nicht aus. Ein Teil der Invaliden, die kein so großes Quantum gewohnt sind, bekam so richtige Bierdörner an den Kopf. Sie mühten ärztlich Hilfe in Anspruch nehmen. Einige wurden nach Hause getragen. Ob sie sich im Klaffenstump geübt haben und ihnen darum die Hörner wuchsen, entzieht sich meiner Beobachtungsfähigkeit. Also, mein lieber Schnatterich, jetzt hast Du was zu schnattern. Aber ich glaube, daß diese Zeilen an den Spiritisten vorbeigehen werden, wie ein Hund am Rinnstein.

Zum Schluss will ich Paulchen noch meinen aufrichtigsten besten Dank aussprechen wegen der „reichlichen Hilfe“ zur Verhaftung des Kommunisten und Landtagskandidaten Richard Schulz. Auch möchte ich, daß auch hier wieder gegen den Artikelstreiber eine ganze Reihe Staatsanwälte in Bewegung gesetzt wird. Denn darin habt ihr alle bei der SPD schon was weg das man sich lassen. Hoffentlich gelingen die neuen spiritistischen Vorführungen besser. Ich verbleibe auf immerdar Dein

kollegialer Mitarbeiter

John Jakob, Villa Sorgenfrei.

Abbe als Versammlungsort.

(Erbauliches für die heutige Breslauer Abbe-Versammlung.)

Abbe reist im Lande umher. Am Dienstag ver kündete er den Hermsdorfer Arbeitern das „Heil“. Es sei durch das freileit, Wahlrecht ermöglicht, eine Regierung zu bilden, die den freien Volkstaat aufrichten wird. Vintebloch sei die Lösung. In langem und breitem behandelte er diese sensationelle Neuigkeit und würzte diesen Schmaus mit Witz und Wendungen. Damit glaubte er natürlich den Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden. Die politischen Vorgänge vom proletarischen Standpunkt zu behandeln und zu beurteilen ist Abbe ebenso wenig imstande als ein Kocke oder Wendemuth. Die Behauptung, die deutsche Wirtschaft stehe am Wendepunkt, ist nun seit zehnjähriger Unficherheit gestiftet und im Aufstieg begriffen, ist ein Witz von Abbe, den er nur dem glaubensstreuen Stab und den Reichsbeamten antreiben kann. Die Versammlung bestand zu drei Vierteln aus Amtssoffizieren, eleganten Parteifreunden, Schreibern, Gewerkschaftsangehörigen, und nicht zu vergessen die Bananen, die aus dem ganzen Kreis versammelt waren. Wenn die Arbeitslosigkeit herrscht, wenn die Wirtschaft danieder liegt, wenn dann die Industriellen Maßnahmen treffen gegen die Arbeiter,

so müssen wir es über uns ergehen lassen.

Nach diesen treffenden Worten, die so recht den Klassenkampfstandpunkt der SPD kennzeichnen, wieder ein Schmaus und etliche sich-freuen der „Sozialisten“. Die KPD hat die Arbeiterschaft überzeugt, die KPD bringt sozial Oefangene in die Zuchthäuser, daß die SPD sie nicht herauszuholen imstande ist, löste nach den üblichen humoristisch-verächtlichen Pillen des

Abbe eine allgemeine Heterkeit aus. Mit hohlen Phrasen, mit lächerlich wirkenden Oesen, glaubt Abbe die Sozialisten in ihrer Ueberzeugung gestärkt und die übrigen Arbeiter über ihre traurige, elende Lage hinweggeholfen zu haben.

Genosse Rotter in der Diskussion, stellte zunächst den Erfolg der SPD, die Umlaststeuer um 1 Prozent ermäßigt zu haben, richtig. Dadurch sind praktisch den Industriellen 350 Millionen geschenkt. Heute heulen Abbe und Genossen über den unparlamentarischen Schluß der KPD, und neigeln, als was das Parlament von Bebel, Engels und der SPD vor dem Kriege angesehen wurde. Als eine Tude des Komödientenspiels der herrschenden Klasse und als ein Ort, wo die Ausgabe liegt, dieses Spiel aufzudecken, den Proleten von der Tribüne die Wahrheit und die täglichen Aufgaben zuzurufen. Daß der kommende Reichstag ein Scheinreichstag sein wird, erklärte Rotter durch die Befugnisse und die Macht der fünf Kommissare der Entente, die sie in Zukunft richterlich ausüben werden. Es sprach noch Genosse Franz über das Verlangen der SPD, als sie als Vintebloch in den Jahren 1918, 19 und 20 regierten. In einer Zeit, wo Gulemann in demselben Saal während der letzten Wahl erklärte, daß die Kapitalisten 1918 u. a. sich ins Maulloch verknagten haben, jetzt soll natürlich der Vintebloch die einzige Rettung bedeuten, wo die Kommissare herrschen. Deutschland eine Kolonie geworden ist. Im Schlußwort lacht wiederum Abbe Rettung bei Witz und Verhöhnungen. Die KPD habe ja die gänzliche Abschaffung der Umlaststeuer verlangt und jetzt schreit die KPD, über den vollenommenen Beitrag. Abbe weiß genau, wie jeder Kommunist, daß die Umlaststeuer nur auf den Konsumenten lastet und deren Beteiligung notwendig ist. Aber, daß die KPD, eine andere, vollständige Lösung dieser Steuerfrage, nämlich schärfste Besteuerung der Vermögen, und die Enteignung der Besitzenden gefordert hatte, verschweigt er, wie jeder berufene Volksvertreter. Abbe, nicht fähig, die schandvolle Politik der SPD, zu rechtfertigen, glaubte nun, sein Mandat nur mit einer Theaterzene zu retten. Einstudierte Bananen riesen Rotter, als er die Tribüne bestieg und während er redete „Welfeisch“ zu. Als Genosse Rotter geendet, hatte die SPD, die einen Teil ihres Wahl-

Das Breslauer Schloß

am Palaisplatz steht heute noch genau so unbewohnt in der schwarz-rot-goldenen Republik

wie in der schwarz-weiß-roten Monarchie.

80000 Wohnungsuchende in Breslau!

Mindestens 100 Familien könnten in den Räumen des Schlosses Wohnung finden.

Ein herrliches Kinderheim für Proletarier könnte im Schloß errichtet werden.

Kranke Proletarier könnten im Schloß Aufnahme finden.

Aber ein Gesetz gilt

in der schwarz-rot-goldenen Republik

wie in der schwarz-weiß-roten Monarchie:

Proletarier gehören nicht in Schlösser und Paläste, sondern in die muffigen, finsternen Arbeiterviertel.

Darum:

Fort mit Schwarz-rot-gold!

Fort mit Schwarz-weiß-rot!

Am 7. Dezember wählt Kommunisten!

sonds gepflegt unter Ornat und Beihil eines Abbe ihm eine Portion Welfeisch überreicht. So der Befall zu dieser „politischen“ Erledigung eines Geners konnte Abbe sich in die die Tasche stecken und allgemeine Befriedigung über dieses Meisterstück eines Abbe überkam die treuen Schächsen. Genosse Rotter, nicht im geringsten von diesem Vorfall berührt, stellte die Portion dem Abbe zur Aufreicherung seiner körperlichen und geistigen Eigenschaften zur Verfügung. Zur persönlichen Bemerkung, wodurch Genosse Rotter die gemeine und niederträchtige Kampfmethode der „Bergnacht“ und SPD, in das trahnen Licht aufdecken wollte, erhielt er nicht das Wort. Die SPD wird nun glauben, den Kommunismus erledigt zu haben. Die Arbeiterschaft aber weiß die SPD, zur Oemige einzuschätzen und wird diesen jahrelangen Beitrag und dieser gefälligen Kampfmethode die Duntung geben. Wize können über Berat, Petrus und die Rot der Proleten nicht hinwegtäuschen. Mag die SPD sich noch so aufbäumen und mag sie das Blindenduch immer tiefer in die Augen der Arbeiter blicken — Ein st kommt der Tag —

Gleich und gleich . . .

Die Eicamer-Bestimmung der „Proletarier“ und die übrigen schieflichen sozialdemokratischen Schmutzblätter haben aus dem „Berichts“ vom 20. November übernommen und sind beglückt über das Ueberlaufen eines ehemaligen Mitgliedes der Kommunistischen Partei, des Herrn Oustan George zu der SPD. Wir gratulieren der SPD, zu diesem ihren Gang und stellen fest, daß er glänzend in die Sozialdemokratische Partei paßt und aller Wahrscheinlichkeit nach dort sehr bald an Amt und Würden kommen wird. Ueber den George schreibt in der „Roten Fahne“ Nr. 163 unserem Zentralorgan der 6. Verwaltungsbezirk Berlin:

George war nie Leiter des 6. Verwaltungsbezirks. George ist aus der SPD ausgeschlossen worden, weil er sich weigerte, Rechenschaft abzulegen über Unterschlagungen und Unregelmäßigkeiten, die ihm in dem ihm unterstellten Zeitungshandel vorgekommen waren. George war früher schon einmal aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er in dem Dienst der Deutschnationalen getreten war. Nur nach einer langen Probezeit war er erneut aufgenommen worden. Oustan George ist Oastwirt und lacht jetzt offenkundig durch sein Eintreten für die SPD neue Kundenschaft. Wenn George jetzt von der SPD als angeblühter Kommunist herangezogen wird, so können wir nur sagen, daß George ein würdiges Mitglied der Partei der Schächer und der Parteifreunde ist.

Die Beurlaubung des 6. Verwaltungsbezirks

Wir empfehlen der SPD, diesen Keil für den nächsten freiverwendenden Ministerposten vorzuschlagen. Dort hat er Gelegenheit, noch besser seine Oefahrungstüchtigkeit zu beweisen.

Die Miete für Dezember unverändert.

Der Amtliche Preußische Preisdienst teilt mit: In der Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat Dezember tritt gegenüber dem Vormonat keine Änderung ein. Er bleibt bei dem Novemberstand in Höhe von 66 bezw. 62 v. J.

Blumenau. An den Pranger! Im Hause der Grünzeughändlerin Tielich betreibt der Genosse Buchmann einen kleinen Lebensmittelhandel. Da nun das Geschäft der Frau Grünzeughändlerin etwas flau geht, teils weil sich dabei haneben ein neues Grünzeuggeschäft etabliert hat, teils weil denkende Arbeiterfrauen ihren Bedarf in diesem Geschäft nicht beden, weil sie das arbeiterfeindliche Verhalten dieser Herrschaften während des Krieges gesehen haben, so versucht sich die ganze Familie Tielich an dem Genossen Buchmann zu rächen. Kommen Kunden zu Buchmann, so werden sie an der Haustür abgefangen. Sind es Kunden, die zum ersten Male kommen, welche fragen, wo Buchmann wohnt, so schicken sie dieselben nicht dort hin, wo er wohnt. — Arbeiter, das Geldzusammenraffen geht diesen Herrschaften wahrscheinlich zu langsam. Als ihr in den Kriegsjahren hungern mühtet, hatten sie nur Spott und Hohn für Euch. Sie hatten ja gut leben, denn Kammer und Keller waren voll. Euch aber bot man geringwertige Lebensmittel für teures Geld an. Arbeiterfrauen, steht einen Vergleich zwischen Euren ausgeemgellten Körpern und der unblühlichen Fülle dieser Weiber. Als sich die Erbitterung der Arbeiter in den Tagen von 1918 gegen diese Ausbeuterstippe richtete, da wußten sie in ihrer Angst nicht, wo sie sich mit ihrer Hamsterware verstecken sollten. Da sollte ihnen Genosse Buchmann helfen, die aufgestapelten Mengen an Getreide, Mehl, Fleisch und dergleichen zu verbergen. Er lehnste dies aber ab und so wurden die Waren einbecks und beschlagnahmt.

Anstatt einzuleben, daß der kleine Geschäftsmann vom großen verdrängt wird, glaubt die Familie Tielich, alles Uebel im Konkurrenten zu sehen. Das ist ein Irrtum, von dem sich die kleinen Geschäftsleute befreien müssen. Kampf gilt dem Oystem

Striegau. Wo bleibt das großspurig Angekündigte. Anläßlich der Verhaftung des Reichsbannerführers Hauptlehrer Gehart, kündigte die Sozialdemokratie Striegau und Gräbens einen Schulstreik an, wenn dieser Lehrer nicht sofort freigegeben wird. Drei Wochen sind in das Land gegangen und immer ist das Angekündigte noch nicht durchgeföhrt. Warum da das Geschrei? Nun, die Herren Striegauer Sozialdemokraten haben von „oben“ einen Wink bekommen, solche regierungsfeindliche Dinge nicht zu unternehmen. Deshalb müssen sie sich jetzt selbst verzeugen. Ja, ja, es wird nicht so heiß gefessen wie es gefocht wird. Besonders nicht bei der SPD. Wer sind nun die Lügner? Wir, die wir sagten, daß alles nur Theaterdonner ist, oder die die einen Theaterdonner vollführten?

Kandeshut. Das Wohnungsamt befehtigt die Wohnungsnot. Vor kurzem war hier eine alte Witwe gestorben, in deren Stube ihre beiden über 40 Jahre alten Kinder mit einem Kinde wohnten. Das Wohnungsamt hat nun den Kindern die Wohnung entzogen, obwohl sie über fünf Jahre in derselben wohnen und die Zwangsrummung für den letzten Montag angebroht. Richtig erschien auch am vergangenen Montag der darseltige stellvertretende Leiter des Wohnungsamtes, der Herr Bilz, in Begleitung eines zweiten Herrn der die Stube in Abwesenheit der Mieter ausbrach und die Witwe unter freiem Himmel stellte.

Es etwas häßlich in der schönen deutschen Republik, in der Sozialdemokraten Minister mimen, täglich. Wir verlangen vom Magistrat sofortige Abhilfe. Landespaten Mieter, protestiert gegen solche Zustände.

Rothendach. Der Köder zieht nicht mehr. Die letzte von der SPD einberufene öffentliche Versammlung war, obwohl Rothendach eine Hochburg der SPD, kein will nicht gut befohrt. Ein gewisser Hanke referierte. Seine Rede war eine Märdenzerählung, die artige Kinder gern anhören, denn das sind die Rothendacher. Als Genosse Schiller in der Diskussion die „gute“ Lage der Arbeiter Deutschlands, trotz Anwesenheit eines Dieners Seberings (Polizei), schildern wollte, legte sie auf Kommando ein großer Tumult ein. Es war eine abgekartete Sache, denn man fürchtete die Anstechung durch einen kommunistischen Arbeiter.

Rothendacher Proleten! Es wird Zeit, daß ihr die schwarz-rot-goldene Binde von Euren Augen reißt und ihr dieselbe mit der roten vertauscht. Rot ist das Zeichen des Klassenkampfes.

Breslau

Nicht wählen oder die Zeit fehlen!

Ich stand nicht in der Wählerliste. Am das festzustellen, erhielt ich den Bescheid, daß ich politisch nicht gemeldet sei, meinem Antrag deshalb nicht entsprochen werden könne. Natürlich war ich gemeldet. Am mir dies noch einmal bestätigen zu lassen, ging ich zu meinem Revier, etwa 25 Minuten von meiner Wohnung entfernt. Das war der zweite Weg. Mit der dort erhaltenen Bescheinigung wanderte ich wieder zur Kommunitationsstelle am Vestingplatz. Das war der dritte Weg. Dort wurde mir kundgetan, daß sie für diesen Fall nicht mehr zuständig seien. Man schickte mich zum Rathaus. Weg Nr. 4. Jetzt soll ich noch einmal Bescheid erhalten. Wahrscheinlich werde ich mir auf dem fünften Weg meinen Wahrschein abholen können. Vielleicht kommen auch noch andere Komplikationen, so daß mir ein sechster, siebenter oder achter Weg nicht erspart bleibt? Wer weiß?

Wenn ich nicht arbeitslos wäre, hätte ich, genau wie alle die vielen Tausende von Menschen, die im Lohn- oder Gehaltsverhältnis arbeiten, keine Zeit, diese Wege zu machen, damit ich mein Wahlrecht ausüben kann. Ich gebe zu, daß es für Kapitalisten und die übrigen zu ihrer Klasse gehörenden Menschen nichts ausmacht, diese Wege zu erledigen oder durch Angestellte oder Dienstboten erledigen zu lassen. Diese Methode beeinflusst einerseits das Wahlergebnis, wie viele andere auch zugunsten der bürgerlichen Parteien. Sie durchbricht die Wahlfreiheit. Zugegeben, daß Irrtümer vorkommen können, daß ein Anmeldebeschein, der vom Revier zum Rathaus kommt, dort verlorengehen kann, dann gibt es aber Methoden, die Sache in Ordnung zu bringen, die dem Schuldigen, in diesem Falle der Behörde, die Arbeit aufbürden, die sie verschuldet hat. Das Publikum kann darunter nicht leiden und muß es entschieden ablehnen, daß es neben den hohen Steuern, die es für Verwaltungsarbeiten zahlt, obendrein auch noch einen Teil der Verwaltungsarbeiten selbst machen soll.

Die Sache ist billiger geworden. So meldet freudesträubend der Magistrat seinen lieben Bourgeoisfrauen. Soll das die Verbilligungaktion der Regierung sein? Es ist ein John auf die schwer schultende, hungemde Arbeiterschaft.

Freitag, den 28. November, abends 7.30 Uhr, im Zentralballsaal, Westendstr. 50, öffentliche

Eisenbahner-Versammlung

24 000 Eisenbahner

sollen erneut entlassen werden! Wehrt Euch! Beamte, Eisenbahner, Arbeiter, erscheint in Massen! KPD, Ortsgruppe Breslau.

